

dort wie Pilze aus der Erde. Man arbeitete dort fieberhaft an der Restaurierung des alten Staatsapparates. Wir hielten es für nötig, unseren Standpunkt in diesen Fragen klar und eindeutig vor unserem Volke darzulegen und den Gedanken der nationalen Einigung, der seit hundert Jahren durch die verhängnisvolle preußische Staatstradition verschüttet war, durch eine große demokratische Volksbewegung wieder lebendig zu machen. Das ist uns gelungen. Der Gedanke um die Einheit Deutschlands ist in Deutschland so lebendig geworden, daß er aus dem politischen Leben Deutschlands und von der Tagesordnung der Politik in Deutschland nicht mehr zu verbannen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Dies sollte der erste Schritt auf der Gesamtlinie der nationalen Einigung Deutschlands sein. Wir glaubten, über die bloße Verkündung unserer Rechtsprinzipien hinaus berechtigt zu sein, praktische Schritte zur demokratischen Umgestaltung unseres Vaterlandes zu unternehmen. Wir glaubten auch, daß der derzeitige Zustand der Besetzung Deutschlands durch vier Mächte uns nicht daran hindern dürfe, dies unter allen Umständen zu tun. (Sehr richtig!)

Die staatsrechtliche Einheit Deutschlands ist bisher nirgends formell in Deutschland aufgehoben. Das Potsdamer Abkommen sowie die 1. ! Deklaration des Kontrollrats bestätigen die Weiterexistenz des deutschen Staates ausdrücklich. Die Demokratisierung Deutschlands, die wir verfolgen, liegt durchaus im Zuge der Politik, die die Besatzungsmächte in Deutschland vertreten. Die Atlantik-Charta, von den Großmächten Amerika und England beschlossen, der sich später auch die Sowjetunion anschloß, erklärt dazu:

„Die Großmächte achten das Recht aller Völker, sich diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen.“

Auch für uns Deutsche gilt dieses Recht. Ja, die fortschrittlichen Kräfte der Welt erwarten von uns, daß wir unser Wort selbst sprechen und diejenigen Staats- und Verfassungspläne entwickeln, aus denen heraus wir ein friedliches demokratisches Deutschland zu errichten trachten.

Es ist bekannt, daß die Frage der staatlichen Struktur Deutschlands das Thema der Moskauer Außenministerkonferenz im März dieses Jahres war. Bei der Suche nach der Bestimmung der staatsrechtlichen Struktur des künftigen Deutschlands gingen die vier Außenminister von der Weimarer Verfassung aus. Obwohl keiner der Außenminister diese Verfassung in der alten Form voll und ganz für tauglich hielt zur Neuorganisation Deutschlands, glaubte man doch, von dieser Verfassung ausgehen zu können, wobei jeder der Außenminister im ein-